

Entwicklungen & Trends 2023

Bio im Gegenwind

von Leo Frühschütz

Noch leuchten sie hell von der Küste Utopias, die Ziele für Bio: 25 Prozent bis 2030 in der EU und 30 Prozent bis 2030 in Deutschland. Dort will sie anlanden, die Politik und mit ihr die ganze Bioflotte. Doch die Küste kommt nicht näher, widrige Winde halten die Schiffe fern und auch mit der Navigation hapert es. Noch ist es nicht notwendig, SOS zu funken. Doch zumindest müssten die Seekarten auf den Tisch kommen, die Positionen bestimmen und ein Kurs festgelegt werden, der die Untiefen fest im Blick hat.

Widrige Winde:

Die Agrochemie-Lobby bläst kräftig

Im Oktober 2021 veröffentlichten die Lobbywächter der Brüsseler Organisation Corporate Europe Observatory (CEO) Dokumente des europäischen Bauernverbandes Copa-Cogeca. Sie enthüllten das geplante Vorgehen der industriellen Agrar- und Ernährungslobby gegen die EU-Strategie für nachhaltige Lebensmittel (Farm to Fork). »Die Lobbystrategie zielt darauf ab, eine Echokammer von Anti-Farm-to-Fork-Botschaften zu schaffen, indem Teilergebnisse aus einer Reihe von Wirkungsstudien verwendet werden, von denen viele von der Industrie selbst finanziert werden«, schrieb CEO damals.¹ Mit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine bekam die Agrarindustrie massiven Rückenwind. »Ernährungssicherung um jeden Preis« hieß plötzlich die Devise, diplomatische Formulierungen waren nicht mehr notwendig. Copa-Cogeca forderte im März 2022, die Farm-to-Fork-Strategie auszusetzen und alle verfügbaren Flächen bewirtschaften zu dürfen. Als Reaktion darauf gab die EU ökologische Ausgleichs- und Brachflächen zum Anbau frei und verschob Vorgaben im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), etwa zum Fruchtwechsel.

Seitdem befindet sich die auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Agrarpolitik, die sich die EU-Kommission auf die Fahnen geschrieben hatte, im Verteidigungsmodus. Sie muss sich gegen immer neue Angriffe der Agrarindustrie und ihrer parlamentarischen Vertretung in Brüssel, der europäischen Volkspartei, wehren. Exemplarisch lässt sich das an zwei wichtigen Farm-to-Fork-Gesetzesvorhaben aufzeigen: die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur (NRL) und die Verordnung zum nachhaltigen Einsatz von Pestiziden (SUR) mit ihrem 50-Prozent-Reduktionsziel. Die NRL hat es ganz knapp in verwässerter Form in den Trilog geschaff, in dem Parlament und Mitgliedstaaten den endgültigen Kompromiss formulieren.

**Rückenwind
für Agrarindustrie –
durch Ukrainekrieg**

**Populismus bedroht
Transformation
der Landwirtschaft**

Das Plenum des Europaparlaments wies die SUR Ende November zurück, womit sie vorerst gescheitert ist. Komplett untergegangen ist die geplante Verordnung über ein nachhaltiges EU-Lebensmittelsystem. Sie sollte die Nachhaltigkeitskennzeichnung von Lebensmitteln regeln und Mindestanforderungen für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln festlegen. Nun muss die im Herbst 2024 antretende neue EU-Kommission entscheiden, ob sie die beiden Themen wieder aufnimmt.

Bedenklicher als die zeitliche Verschiebung ist der Ton der Debatte. Die Warnungen vor Hungersnöten, zu denen die Reduktion von Pestiziden im Sinne der SUR führen würde, waren ein Tiefpunkt der parlamentarischen Auseinandersetzung und ein Hinweis darauf, wie Landwirtschaftsthemen im kommenden Europawahlkampf im Frühjahr 2024 benutzt werden. Biodiversität, Bodenschutz und Biolandbau, sprich die ganze überfällige Transformation der Landwirtschaft, läuft Gefahr, unter die populistischen Räder zu kommen. Kommt es im Juni 2024 zu dem erwarteten Rechtsruck bei den Europawahlen, wird es für diese Transformation (und den Biolandbau) noch schwieriger.

Widrige Winde:

Keine Zeitenwende in der Landwirtschaft

Auch in Deutschland kommen Transformation und Biolandwirtschaft nicht voran. Das liegt an einem Geburtsfehler der Ampel: Im Landwirtschaftsteil des Koalitionsvertrages wurden die Ziele der Zukunftskommission Landwirtschaft und der Borchert-Kommission nicht erwähnt und für die verabredeten Vorhaben fehlte eine klare Finanzierung. Die Folgen sind bekannt: Es wird keine Tierwohlabgabe geben, der Umbau der Tierhaltung hängt fest und die Borchert-Kommission hat wegen der Missachtung ihrer Ergebnisse hingeschmissen. Geschafft hat die Koalition lediglich eine Tierhaltungskennzeichnung für Schweinefleisch, die nur die Biobranche gut findet, weil sie (im Gegensatz zur Kennzeichnung des Handels) eine eigene Stufe bekommen hat. Auch in anderen Bereichen, von der Pestizidreduktion über die Ackerbaustrategie bis hin zur Umgestaltung des Ernährungssystems, geht es nicht wirklich voran. Das Problem wird sich, das hat die Vorstellung des Bundeshaushalts 2024 gezeigt, noch verschärfen.

Da die Koalition nicht in der Lage war, Prioritäten für den Haushalt zu setzen, mussten alle Ministerien ihren Etat mit dem Rasenmäher kürzen. Im Agrarhaushalt fließen zwei Drittel der Gelder in die sozialen Sicherungssysteme und können nicht angetastet werden. Deshalb sollen die Gelder für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) um

**Umbau der Tierhaltung
stagniert – auf
niedrigem Niveau**

Die neue Bio-Strategie 2030

Mitte November 2023 stellte Landwirtschaftsminister Cem Özdemir die in einem anderthalbjährigen partizipativen Prozess erarbeitete Strategie vor. Sie solle mit 30 konkreten Maßnahmen »die entscheidenden Impulse für mehr Bio vom Acker bis auf den Teller«, setzen, sagte der Minister. Er bezeichnete die Strategie als Fahrplan, um 30 Prozent Bio in 2030 zur Realität zu machen.

Die Maßnahmen der Strategie verteilen sich auf sechs Handlungsfelder:

- Das Handlungsfeld »Betriebsmittelmärkte« umfasst drei Maßnahmen, mit denen die ökologische Züchtung, die Herstellung von Betriebsmitteln und die Digitalisierung gefördert werden sollen.
- Das Handlungsfeld »Erzeugung« will mit sieben Maßnahmen die Ertragspotenziale des Ökolandbaus heben,

den Leguminosenanbau stärken und das Grünland ökologischer bewirtschaften. Gefördert werden sollen auch das Tierwohl und die Artenvielfalt auf dem Acker und im Stall.

- Das Handlungsfeld »Verarbeitung und Handel« will mit vier Maßnahmen Impulse setzen, um ökologische Wertschöpfungsketten flächendeckend, aber auch regionspezifisch dauerhaft zu stärken. Dabei ist eine enge Verzahnung mit dem 78 derzeit von den Ländern geförderten Biomodellregionen vorgesehen.
- Im Handlungsfeld »Ernährung und Gesellschaft« sollen fünf Maßnahmen die Verbraucher:innen über die Vorteile von Bio informieren und in der Außer-Haus-Verpflegung den Bioanteil ebenfalls Richtung 30 Prozent bewegen. Dabei sollen die Kantinen der Bundesverwaltung beispielhaft vorangehen. ▶

ein Viertel gekürzt werden, das sind fast 300 Millionen Euro. So soll etwa der Sonderrahmenplan für Maßnahmen des Ökolandbaus und der Biologischen Vielfalt mit bisher 175 Millionen Euro komplett wegfallen. Über die GAK werden nicht nur zahlreiche Agrarumweltprogramme bezahlt, sondern auch die Prämien für den Biolandbau. Die dafür vorgesehenen Gelder reichen schon bisher nicht aus, um 30 Prozent Biolandbau auch nur annähernd zu finanzieren. Bis 2027 (dem Auslaufen der aktuellen EU-GAP-Periode) hätten die GAK-Mittel gerade mal für 14 Prozent Bio gereicht. Nun besteht die Gefahr, dass selbst für die bestehenden Betriebe die Mittel knapp werden könnten. Da mag es schon als Erfolg gelten, dass die Mittel für das Bundesprogramm Ökolandbau leicht ansteigen und für die Verbraucheraufklärung stagnieren. Insgesamt zeigt der Haushaltsentwurf deutlich, was der Koalition die Transformation der Landwirtschaft mit dem Biolandbau als Goldstandard wert ist – oder eben gerade *nicht*. Daran ändert auch die Bio-Strategie 2030 nichts, die das Landwirtschaftsministerium Mitte November 2023 vorstellte (siehe Kasten).² Sie ist eine Fleißaufgabe, deren oft kleinteiligen Maßnahmen hilfreich sind und Bio voranbringen werden – aber nicht auf 30 Prozent. Denn sie setzen lediglich die 2017 aufgesetzte Zukunftsstrategie ökologischer Landbau fort und werden weiterhin weitgehend über das kürzungsanfällige Bundesprogramm Ökolandbau finanziert.

Geld reicht nicht für 30 Prozent Bio in 2030 ...

Klare Position:

30 Prozent Bio bis 2030 kann man getrost vergessen

Realistisch war dieses Ziel nie, dazu genügte ein bisschen Dreisatz. Denn dafür bräuchte es (Basis Ende 2021) eine jährliche Zuwachsrate von zwölf Prozent. Im Laufe des Jahres 2022 legte die biologisch bewirtschaftete Fläche gerade mal um 3,2 Prozent zu. Notwendige Zuwachsrate jetzt: 13,1 Prozent. Für 2023 dürften die Zahlen nicht besser werden. Der Deutsche Bauernverband meldete im April 2023³ in seinem Konjunkturbarometer, dass die Umstellungsbereitschaft binnen eines Jahres von 20 auf elf Prozent gefallen sei. Niedersachsen teilte im September 2023⁴ mit, die für die Prämienzahlung angemeldeten Ökofläche sei in 31 von 37 niedersächsischen Landkreisen gegenüber August 2022 zum Teil deutlich zurückgegangen. »Die aktuellen Preisschwankungen im Markt, die rückläufigen Bio-Erzeugerpreise bei gleichbleibenden Betriebsmittelkosten, schwierige Absatzmöglichkeiten und vor allem auch die hohen konventionellen Erzeugerpreise des letzten Jahres hindern die Landwirte derzeit daran, ihren Betrieb auf Ökolandbau umzustellen«, kommentierte das Kompetenznetzwerk Ökolandbau Niedersachsen die Zahlen.⁵ Zudem führen die weiterhin steigenden Bodenpreise

... realistisch war dieses Ziel nie

- Das Handlungsfeld »Forschung, Wissenstransfer, Datenverfügbarkeit, Infrastruktur« will mit sieben Maßnahmen den anderen Feldern Impulse geben. Dafür will das Landwirtschaftsministerium seine Ressortforschung stärker auf den Ökolandbau ausrichten. Zudem soll dieser in andere geförderte Forschungsstrategien und -programme integriert werden. Außerdem soll in den Grundstudiengängen der Hochschulen Wissen über die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft gleichwertig zum Wissen über das konventionelle System vermittelt werden.
- Die im Handlungsfeld »Kohärenter Rechts- und Förderrahmen« entwickelten vier Maßnahmen wollen die bestehende Förderarchitektur »noch stärker auf das Ziel einer an Umwelt- und Gemeinwohlleistungen orientierten Landwirtschaft ausrichten und entsprechend finanziell unterlegen«. Das BMEL will dazu ein Konzept vorlegen, wie die Direktzahlungen durch die

Honorierung von Klima- und Umweltleistungen angemessen und einkommenswirksam ersetzt werden können. Zudem sollen bis 2026 auf den Ökolandbau zugeschnittene Förderangebote zur Verbesserung der Biodiversitätsleistungen entwickelt werden.

Finanziert werden die meisten der beschriebenen Maßnahmen über das Bundesprogramm Ökolandbau. Ihre Umsetzung ist damit von der Haushaltslage abhängig und muss jährlich neu ausgehandelt werden. Auch die vom Ministerium angekündigte Bio-Informationsoffensive soll aus diesem Topf finanziert werden, für den im Haushalt 2024 36 Millionen Euro eingeplant sind. Der Bio-Dachverband BÖLW begrüßte die Strategie und erinnerte daran, dass nun auch die Ressourcen der Bundesregierung auf das Ziel »30 Prozent Bio bis 2030« ausgerichtet werden müssten.

dazu, dass Biobetriebe Pachtflächen verlieren – weil konventionelle Betriebe oder Solarparkbetreiber besser zahlen. Ein Lichtblick sind hier die Flächenmanagementgrundsätze 2023⁶ der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH des Bundes, die Biobetrieben bei Verpachtungen Vorrang einräumen.

Klare Position:

Entscheidend ist der Markt – Bio muss erstmal verkauft werden

**2022: Einbruch
beim Bioumsatz ...**

Die Marktentwicklung der letzten eineinhalb Jahre hat deutlich gemacht, dass der Einfluss der Politik auf das 30-Prozent-Ziel begrenzt ist. Es kommt auf die Menschen an, die Biolebensmittel kaufen. Auch wenn ihnen Nachhaltigkeit am Herzen liegt, entscheidet doch oft der Blick in den Geldbeutel, und so wechselten die Menschen zu günstigen Biohandelsmarken oder verzichteten ganz auf Biolebensmittel. Der Bioumsatz brach 2022 erstmals seit der Finanzkrise ein.⁷ Die Verbraucher:innen in Deutschland gaben insgesamt 15,3 Milliarden Euro für Biolebensmittel und -getränke aus und damit 3,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Auch wenn die Umsätze damit noch ein Viertel über dem Vor-Corona-Niveau lagen, war dies für die erfolgsgewohnte Biobranche ein harter Schlag. Zumal die Umsatzzahlen durch die Preissteigerung noch geschönt waren. Die abgesetzte Menge an Biolebensmittel ging 2022 um etwa zehn Prozent zurück.

**... Kleines Umsatzplus
2023 – vor allem
bei den Discountern**

Diese Situation ändert sich mit abnehmender Inflationsrate langsam und Ende 2023 könnte ein kleines Plus hinter dem Bioumsatz stehen. Der GfK-Nachhaltigkeitsindex für Produkte des täglichen Bedarfs hat seinen Tiefpunkt im Januar 2023 überwunden und ist seitdem deutlich angestiegen. Das korrespondiere damit, dass im NIQ-Handelspanel (vormals Nielsen) der Umsatz mit Biolebensmitteln im ersten Halbjahr 2023 um 6,3 Prozent zugelegt habe, schrieb die GfK.⁸ Weniger stark ist der Zuwachs, den die Agrarmarkt Informations-Gesellschaft AMI Anfang November 2023 für frische Biolebensmittel meldete. In den ersten neun Monaten 2023 wuchs der Biomarkt demnach um 2,8 Prozent.⁹ Das Umsatzwachstum lag im LEH und dort vor allem bei den Discountern, während der Naturkostfachhandel und andere als teuer empfundene Einkaufsorte laut AMI den *turnaround* noch nicht geschafft hatten. Das Umsatzbarometer für den Biofachhandel meldet dagegen für das dritte Quartal 2023 ein Plus von drei Prozent und für die ersten neun Monate 2023 ein Minus von nur noch 1,4 Prozent.¹⁰

Doch das sind alles Umsatzzahlen und keine Absatzmengen. »In Bezug auf die Einkaufsmenge gibt es insgesamt immer noch einen Rückstand zum Vorjahr, der sich allerdings auf ein Minus von 1,8 Prozent verkleinert hat«, schrieb die AMI für die ersten drei Quartale.¹¹ Pauschal gesagt bedeutet das für die Erzeuger:innen weiterhin weniger Nachfrage und – bei gleichbleibender Anlieferung – Preisdruck.

Auf Kurs gehen:

Bio braucht faire Partner für faire Wertschöpfungsketten

**Vier Konzerne
beherrschen
85 Prozent des Marktes**

Der LEH und insbesondere die Discounter haben in der Krise Marktanteile dazugewonnen und seine Bedeutung für den Bioabsatz ausgebaut. Hinzu kommt, dass mit der Partnerschaft von Naturland und Aldi (vorerst nur Süd) Verbandsware nun auch bei den Discountern flächendeckend vertreten ist. Gleichzeitig haben mehrere fachhandelsorientierte Hersteller sich dem LEH gegenüber geöffnet, um ihren Absatz zu sichern.

Bisher war die Zusammenarbeit zwischen Bio und LEH vom Nachholbedürfnis des LEH geprägt. Doch dürfte der Sortimentsaufbau langsam abflauen und Bio zum Normalfall werden. Die vier Konzerne Edeka, Schwarz (Lidl, Kaufland), Rewe und Aldi beherrschen 85 Prozent des Marktes, und setzen die Preise – gegenüber den Verbraucher:innen und gegenüber den Verarbeiter:innen und Erzeuger:innen. Nach einer Studie der Kartellexperten Rainer Lademann und Mitja Kleczka¹² sind die vier Handelskonzerne für rund ein Drittel der Inflation bei den Lebensmittelpreisen verantwortlich und gehören damit ebenso wie einige große Lebensmittelkonzerne zu den Krisengewinnern. Anders als kleine und mittlere Verarbeiter oder gar die Erzeuger:innen.

Es wird sich nun zeigen, was all die »FAIRsprechen« der großen LEH-Konzerne wert sind und ob sie faire Partner für faire Wertschöpfungsketten sein können – jenseits von ein paar modellhaften Bio-Regio-Wertschöpfungsketten. Die irrlichternde Preisgestaltung etwa bei Milchprodukten weckt da Zweifel. Gleichzeitig könnte der Biomilchpreis zum Lackmустest für FAIRsprechen werden: Denn er sank von 62,7 Cent je Kilogramm im Januar 2023 auf 54,2 Cent im September. Naturland und Bioland haben daraufhin einen vollkostendeckenden Orientierungspreis von 67 Cent veröffentlicht. Quasi eine unverbindliche Preisempfehlung mit dem Hinweis, »Molkereien und insbesondere der Handel« könnten nun »ihre jeweilige Verantwortung innerhalb der Wertschöpfungskette für das In-Wert-Setzen der hohen verbandlichen Nachhaltigkeitsstandards aktiv übernehmen«. Bisher scheint das bei den Handelspartnern nicht so zu verfangen. Denn die beiden Verbände winken bereits mit dem Zaunpfahl einer verbindlichen Nachhaltigkeitsvereinbarung nach Art. 210a GMO. Diese Ende 2021 beschlossene Ergänzung der Gemeinsamen Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse erlaubt trotz Kartellrecht Absprachen zwischen Marktteilnehmern der Lebensmittelversorgungskette, die darauf abzielen, einen Nachhaltigkeitsstandard anzuwenden, der über gesetzliche Anforderungen hinausgeht, wie etwa Verbandsbio. Dieses neue Instrument könnte dazu beitragen, das zu erreichen, was laut Bauernverband die Betriebe am stärksten zum Umstellen motiviert: höhere Erzeugerpreise für Bioprodukte und gesicherte Abnahmeverträge. (Mehr zum [Bio-]Milchmarkt im Gespräch mit den Milchbauern Ottmar Ilchmann, Elmar Hannen und Lars Kaper in diesem *Kritischen Agrarbericht* [S. 139-144].)

***Irrlichternde
Preisgestaltung
bei Milchprodukten***

Bio außer Haus ist kein Selbstläufer

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat in diesem Jahr eine neue Kennzeichnung für Bio in der Außerhausverpflegung (AHV) eingeführt und mit einem Förderprogramm flankiert.¹³ Ein vielgelobter Schritt, der aber nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass Bio in der AHV kein Selbstläufer ist. Mit Kabinetts- und Ratsbeschlüssen allein ist es nicht getan, wie die bescheidene Bilanz so mancher »Bio-Stadt« zeigt. Es müssen Rahmenbedingungen etwa im Vergaberecht geändert werden, es braucht politische Unterstützung auf allen Ebenen, und es braucht Geld, um das im öffentlichen Bereich vorbildlich zu implementieren. Berlin hat hier mit der »Kantine Zukunft«¹⁴ und der Vergabe von Schulessen Maßstäbe gesetzt. Nur so können die Wachstumschancen in diesem milliardenschweren Markt auch genutzt werden, dessen Bioanteil derzeit bei etwa 1,3 Prozent liegt. Dieser Anteil übrigens ist das Ergebnis der zahlreichen Maßnahmen und Programme der letzten 20 Jahre und zeigt, dass diese bei Weitem nicht gereicht haben.

***Bio in der
Außerhausverpflegung
kein Selbstläufer***

Ist Vegan das nächste Bio?

»Die Biobranche hat den Vegan-Trend verschlafen« ist ein Vorwurf, den nicht nur die Foodtrend-Forscherin Hanni Rützler erhebt.¹⁵ Dabei waren es Biopioniere, die vor 40 Jahren die Tofuherstellung in Deutschland etablierten und anschließend mit dem heimischen Sojaanbau begannen. Auch waren erst pflanzliche Ersatzprodukte in Bioqualität ein Renner, bevor konventionelle Hersteller den Markt für sich entdeckten. Doch die Biobranche – und da stimmt der Vorwurf – hat aus diesem Startvorteil nichts gemacht. Sie hat sich nicht positioniert, hat kaum für einen veganen Lebensstil geworben, sondern Veganer:innen eher als Kundenschicht gesehen, für die Bio ein gutes Angebot hat, ähnlich wie für »glutenfrei«.

Das liegt auch daran, dass knapp die Hälfte der 3,3 Milliarden Euro Erlöse der Bioerzeuger:innen 2021 mit tierischen Produkten erzielt wurden.¹⁶ (Konventionell liegt der tierische Erlösanteil übrigens bei über der Hälfte der Gesamterlöse). Anders gesagt: Vegane Ernährung gefährdet das Geschäftsmodell vieler Biobetriebe. Auf die zunehmende Zahl an vegetarisch und vegan lebende Menschen – und auf die zugrunde liegende gesellschaftliche Debatte – antwortete die Branche deshalb oft mit ihrem Tierwohl-Engagement: Weniger Fleisch ist toll und wenn, dann soll es bitte Bio sein, denn Biotiere werden artgerecht gehalten.

***Vegane Ernährung
gefährdet Geschäftsmodell von Bio***

**Kurs festlegen:
Welche Tierhaltung ist enkeltauglich?**

Dass es mit dem Tierwohl bei Bio nicht ganz so gut steht, machte Anfang 2023 die Verbraucherorganisation Foodwatch mit ihrem Report *Tierleid im Einkaufskorb* deutlich. Die Probleme mit der Tiergesundheit betreffen demnach alle Haltungsformen, sowohl konventionell als auch biologisch wirtschaftende Höfe. »Etwas mehr Platz im Stall, Einstreu oder Auslauf ins Freie bedeuten nicht automatisch, dass es den Tieren auch gesundheitlich gut geht«, schrieb Foodwatch.¹⁷ Das ist nicht neu, hat sich aber durch die Forschungsarbeiten der letzten Jahre, durch Wissensvermittlung und die Tierwohlchecks bei den Verbandskontrollen auch nicht wesentlich geändert. Vermutlich würde es helfen, wenn der Tierwohlcheck für alle Bionutztierhalter verpflichtend wäre und durch ein Monitoring externer Daten, etwa von Schlachthöfen, ergänzt würde. Hilfreich wäre auch ein Personalschlüssel, der eine ordentliche Betreuung der Tiere sicherstellt. Vor allem aber braucht es eine Debatte über tierische Hochleistungsgrenzen, also über Züchtungsziele.

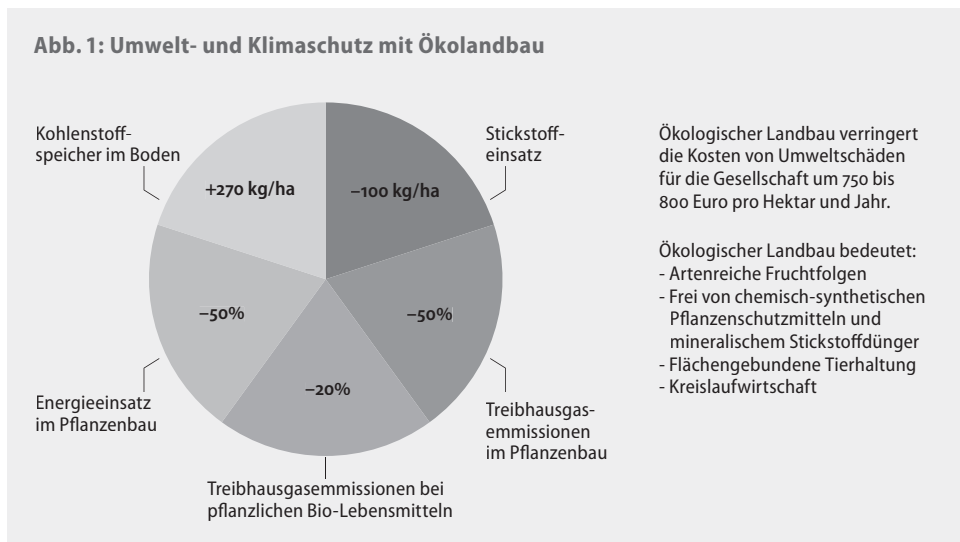
Jenseits des Tierwohls muss sich der Biosektor auch klar werden, wie eine langfristige enkeltaugliche Biotierhaltung aussehen soll. Dazu gehören Fragen, wie sich Milch klimaneutral erzeugen lässt oder wie viele Biolebensmittel weiterhin verfüttert werden sollen. Antworten könnten womöglich sein, dass Biomilch nur noch aus Grundfutter erzeugt wird, Bioschweine nur noch Lebensmittelreste verwerten und das Zweinutzungshuhn Ökostandard wird. Das wäre eine deutlich andere Biotierhaltung als derzeit. Mit der Arbeit der Ökologische Tierzucht gGmbH (ÖTZ) und dem Projekt »Kuhgebundene Kälberaufzucht« der Schweisfurth Stiftung¹⁸ bzw. »Kuh & Kalb« von ProVieh¹⁹ gibt es Leuchttürme, die die Richtung weisen. Hierzu zählt auch die Weiterentwicklung der ökologischen Tierhaltung im Sinne einer »symbiotischen Landwirtschaft«, wie sie modellhaft in den Herrmannsdorfer Landwerkstätten praktiziert wird (siehe den Kurzbeitrag von Niels Kohlschütter im Anhang dieses Beitrags).

Probleme mit der Tiergesundheit auch auf Ökobetrieben

Biotierhaltung muss sich weiterentwickeln

Leistung belegt – jetzt muss sie in Wert gesetzt werden

Die gesellschaftlichen Leistungen des Ökolandbaus sind inzwischen vielfach belegt. Anfang 2023 veröffentlichte ein Forschungsteam um Kurt-Jürgen Hülsbergen eine Studie über *Umwelt- und Klimawirkungen des ökologischen Landbaus*, die auf umfangreichen Vergleichen konventioneller und biologisch wirtschaftender Betriebe beruhte.²⁰ Sie bezifferte die Einsparungen externer Umweltfolgekosten durch den Ökologischen Landbau auf bis zu 800 Euro je Hektar und Jahr – nur für die Parameter Treibhausgase und Stickstoff (Abb. 1).



Grafik: BMEL 2023

Nun kommt es darauf an, diese und andere Gemeinwohlleistungen des Ökolandbaus in Wert zu setzen. Methoden dafür, wie das True Cost Accounting oder die Regionalwert-Leistungsrechnung, gibt es bereits, das staatliche Thünen-Institut arbeitet ebenfalls an einem Honorierungssystem für die Leistungen des Ökolandbaus. Der regionale Biogroßhändler Bodan bietet zusammen mit den Herstellern Barnhouse, Bohlsener Mühle und Beutelsbacher Leistungsrechnungen für insgesamt 100 Bioerzeuger an. Weitere Biobetriebe wie EVG Landwege und Neumarkter Lammsbräu sind ebenfalls aktiv geworden. Lammsbräu errechnete, dass jeder ihrer Brauergelieferanten im Schnitt Nachhaltigkeitsleistungen im Wert von 750 Euro je Hektar erbringt.²¹ Das Ziel solcher Aktionen: Bewusstsein dafür schaffen, dass die Landwirt:innen für solche Leistungen auch entlohnt werden müssen.

**Gemeinwohlleistungen
des Ökolandbaus
in Wert setzen**

Pestizide: die Bedrohung bleibt

Trotz aller Reduktionsversprechen: 2022 ist die Menge der in Deutschland verkauften Pestizide leicht angestiegen. Der Einsatz von Glyphosat ging kaum zurück. Bis zum Erscheinen dieses Berichts wird die EU-Kommission den umstrittenen Wirkstoff erneut zugelassen haben. Die Bedrohung des Ökolandbaus durch die Omnipräsenz synthetischer Pestizide wird nicht abnehmen. Ifoam Organics Europe hat im Mai 2023 einen Leitfaden²² veröffentlicht, wie mit Rückstandsfunden umgegangen werden sollte. Dessen Essenz: Bei einem Rückstandsfund muss zuerst das betroffene Unternehmen die Umstände prüfen und zu dem Ergebnis kommen, dass ein begründeter Verdacht vorliegt und nicht ausgeräumt werden konnte. Erst dann werden Kontrollstelle und -behörde einbezogen.

**Bedrohung
des Ökolandbaus
durch Pestizide**

Bedrohlich für den Biolandbau ist auch, dass die EU die künftigen Pestizidreduktionen bezogen auf die Verkaufsmenge berechnen will. Das Umweltbundesamt²³ bezeichnet dies als »wenig sinnvoll«, weil hochwirksame und giftige Insektizide dann kaum in die Berechnung einfließen. Wirkstoffe natürlichen Ursprungs wie Schwefel hingegen, die in viel größeren Mengen eingesetzt werden müssen, um wirksam zu sein, würden als besonders gefährlich aufgelistet. Das hat in Österreich schon zu Lobbyaussagen geführt, wonach Biobetriebe ähnlich häufig Pestizide verwenden würden wie konventionelle und diese auch ähnlich giftig seien. Ifoam Organics Europe hat mit einer Studie²⁴ gezeigt, dass Biospritzmittel weit weniger gefährlich sind als konventionelle und auch auf weniger Flächen ausbracht werden.

Regenerative Landwirtschaft fängt mit Bio an

Der Begriff »Regenerative Landwirtschaft« entstand in den 1980er-Jahren am Rodale Institute in den USA und beschrieb positive Folgen des Biolandbaus: Er regeneriert die Böden und stärkt die Artenvielfalt. In den letzten Jahren haben zahlreiche große Lebensmittel- und Handelskonzerne den Begriff okkupiert, um ihr Engagement für eine »nachhaltige Landwirtschaft« darzustellen. Diese besteht oft aus pfluglosem Anbau mit einigen Verbesserungen etwa in der Fruchtfolge oder dem Anbau von Zwischenfrüchten. Synthetische Pestizide, mineralische Dünger und gentechnisch verändertes Saatgut dürfen meist eingesetzt werden. Als Ziel reicht eine Verringerung. Möglich ist dies, weil »Regenerative Landwirtschaft« – anders als Öko/Bio – kein gesetzlich definierter und geschützter Begriff ist. So bietet etwa der bekannte internationale Zertifizierer Control Union ein Zertifikat für »Regenerative Landwirtschaft« an. Nach diesem Regenagri-Standard sind laut Control Union bereits über 50.000 konventionell wirtschaftende Betriebe mit 660.000 Hektar Fläche zertifiziert. Zumeist kleine indische Baumwollerzeuger:innen und große brasilianische Farmen für Soja, Kaffee und Zuckerrohr.

**Regenerative
Landwirtschaft –
Gefahr des
Greenwashings**

Ifoam Organics Europe sieht deshalb die Gefahr eines Greenwashings, das Verbraucher:innen in die Irre führt, Investitionen und Politik in die falsche Richtung lenkt und die Arbeit der ernsthaft regenerativen Akteure untergräbt. Der Verband schlägt deshalb in einem Positionspapier²⁵ vor: »Die Verwendung von ›regenerativ‹ auf dem Markt als regenerativer Markennamen oder für eine Zertifizierung sollte zumindest auf den derzeitigen gesetzlichen Anforderungen für den ökologischen Landbau basieren.« Und umgekehrt sollte sich der

Ökolandbau laut Ifoam stärker an beispielhaften regenerativen Praktiken orientieren, wie Agroforst-Maßnahmen, die Humus aufbauen und vor allem bei großen Schlägen für mehr Artenvielfalt sorgen.

Eng verbunden mit der Regenerativen Landwirtschaft ist der Versuch, die beabsichtigte Humuszunahme zu Geld zu machen (*carbon farming*). Klimaforschende sehen diesen Ansatz skeptisch, da es aufwendig ist, den Zuwachs verlässlich nachzuweisen. Die Kohlenstoffspeicherung kann durch eine geänderte Bewirtschaftung schnell rückgängig gemacht werden und Inputs von außen, etwa Kompost, haben nur einen begrenzten Klimanutzen.

Neue Untiefen:

EU-Pläne zur Neuen Gentechnik gefährden den Biolandbau

Die EU-Kommission hat im Juli 2023 ihre Vorschläge vorgelegt, wie sie neue gentechnische Verfahren (NGT) und die daraus entstehenden Produkte deregulieren will. Der Wortlaut des Verordnungsvorschlags übertraf die meisten bis dahin kursierenden Befürchtungen. (Christoph Then von Testbiotech analysiert und kritisiert in seinem Beitrag *Gezielter Verstoß gegen das Vorsorgeprinzip* in diesem *Kritischen Agrarbericht* auf S. 280-285 im Detail.) Sollten sie so umgesetzt werden, könnten sie für den Ökolandbau existenzbedrohend werden. Die allermeisten NGT-Pflanzen werden demnach der sog. »Kategorie 1« des Verordnungsentwurfs zugeordnet und kämen ohne Risikoüberprüfung auf den Markt, müssten nur als Saatgut gekennzeichnet werden, würden aber in der weiteren Lebensmittelkette unsichtbar bleiben. Bisherige Schutzvorschriften wie Standortregister oder Mindestabstände entfielen und Verunreinigungen wären unvermeidbar – ebenso wie der Glaubwürdigkeitsverlust für gentechnikfrei wirtschaftende (Öko-)Betriebe, wenn sie nachgewiesen werden. Die Beratungen der NGT-Vorschläge sollen noch vor der Europawahl im Juni 2024 abgeschlossen werden und könnten die Pläne der Kommission noch verschlimmern. So will die Europäische Volkspartei (zu der auch CDU und CSU gehören) im Europäischen Parlament erreichen, dass Kategorie-1-Pflanzen – gegen den Willen des Biosektors! – für den Ökologischen Anbau erlaubt werden und eine Kennzeichnung auch für das Saatgut entfällt. Ob diese zwangsweise

**Neue Gentechnik:
existenzbedrohend
für den Ökolandbau**

Fünf Kernforderungen an die Politik

1. Die neue Bio-Strategie der Bundesregierung muss alle Ministerien einbinden, mit den notwendigen Finanzmitteln hinterlegt werden und mit ihren Maßnahmen über den Koalitionsvertrag hinausgehen. Das können etwa Wirtschaftsförderprogramme sein oder eine ökologische Steuerreform, die Biolebensmittel von der Umsatzsteuer befreit.
2. Der GAP-Strategieplan und die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) müssen auf 30 Prozent Bio ausgerichtet werden. Die Finanzplanung muss zu den Ausbauzielen passen und die Förderhöhe eine Umstellung auch auf Gunststandorten ermöglichen. Auch müssen die Kombinationsmöglichkeiten der diversen Agrarumweltprogramme verbessert werden.
3. Mit dem Neustart der GAP ab 2027 muss es gelingen, von der Flächenprämie wegzukommen und gezielt die Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft zu honorieren. Dafür muss jetzt mit den notwendigen inhaltlichen und diplomatischen Vorbereitungen begonnen



werden, um eine reformwillige Mehrheit der Mitgliedstaaten zu erreichen.

4. Die Neue Gentechnik (NGT) muss ebenso wie die bisherige einem strikten Zulassungsverfahren mit Risikoprüfung, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit unterliegen. Die aktuellen Versuche, einen eigenen Rechtsrahmen für NGT zu schaffen, gefährden den Ökolandbau und die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft.
5. Die Bundesregierung muss ungeachtet der möglichen EU-Neuzulassung von Glyphosat den Einsatz glyphosathaltiger Herbizide und anderer problematischer Pestizide möglichst weitgehend untersagen. Das für 2023 angekündigte Gesamtkonzept zur Pestizidreduktion muss endlich vorgelegt werden und sollte mit einer an der Giftigkeit der Wirkstoffe ausgerichteten Pestizidabgabe flankiert werden. Das Beispiel Dänemark zeigt, dass so eine marktwirtschaftliche Abgabe funktioniert und den Pestizideinsatz deutlich senkt.

Gentechnifizierung des Ökolandbaus eine Mehrheit im Parlament finden wird, war bei Redaktionsschluss noch offen.

Dass es so weit kommen konnte, hat damit zu tun, dass die NGT-Befürworter:innen seit dem EuGH-Urteil von 2018 (das auch für die Neue Gentechnik die Anwendung des bisherigen EU-Gentechnikrechts vorschrieb) ihre Narrative sehr erfolgreich in Politik und Medien platzieren konnten: Die NGT verwende sichere »Genscheren«, mit deren Hilfe sich gezielt und ohne große Risiken in kurzer Zeit Pflanzen erzeugen lassen, die an den Klimawandel angepasst sind und weniger Pestizide brauchen. Die Bio- und Umweltverbände taten sich schwer, mit ihrer Kritik an diesen Sprüchen durchzudringen. Es ist ihnen – anders als 2008/09 – nicht gelungen, breite aktive Bündnisse an der Basis zu bilden, dort politischen Druck aufzubauen und die früheren gentechnikfreien Zonen zu reaktivieren. Zwar erreichte die Petition »Nicht hinter unserem Rücken – kein Freifahrtschein für neue Gentechnik in unserem Essen!« europaweit respektable 420.000 Unterschriften, die im Dezember 2022 der Kommission überreicht wurden. Doch mehr Mobilisierung war danach nicht mehr, auch weil das Thema in der Öffentlichkeit weitgehend unter dem Radar lief. Da sich das vermutlich kaum noch ändern wird, besteht die größte Hoffnung für den Ökolandbau darin, dass die EU-Gremien den NGT-Vorschlag vor der Europawahl nicht mehr rechtzeitig verabschieden können.

Erneute Mobilisierung der Basis schwierig

Kurs festlegen:

Wie transformativ soll Bio sein?

Als Goldstandard für den Umbau der konventionellen Landwirtschaft ist Bio mit seinen Standards unumstritten und wichtig. Die Frage ist, wie Bio darüber hinaus die Transformation der Land- und Ernährungswirtschaft voranbringt, neu denkt und beispielhaft vorangeht. Transformativ in diesem Sinn sind z. B. die vielen Solidarischen Landwirtschaften, die das Marktprinzip vom Kopf auf die Füße stellen. Oder die boomenden Marktgärten mit ihrem humusaufbauenden Low-Input-Ansatz. Ebenso FoodCoops, in denen sich die Verbraucher:innen selbst um ihre Lebensmittelversorgung kümmern. Dazu zählen auch zahlreiche Leuchttürme an Bioprojekten, von der Ökopflanzenzüchtung bis zu existenzsichernden Preisen – nicht nur für den globalen Süden. Transformativ sein heißt, sich auf den Weg machen, den diese Leuchttürme zeigen.

Anmerkungen

- 1 Corporate Europe Observatory: Leak: industrial farm lobbies' coordinated attack on Farm to Fork targets (October 12, 2021) (<https://corporateeurope.org/en/2021/10/leak-industrial-farm-lobbies-coordinated-attack-farm-fork-targets>).
- 2 BMEL: Bio-Strategie 2030 – Nationale Strategie für 30 Prozent ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft bis 2030. Berlin 16. November 2023 (www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/oekologischer-landbau/bio-strategie-2030.html).
- 3 Deutscher Bauernverband: Pressemitteilung vom 12. April 2023 zum Konjunkturbarometer (www.bauernverband.de/fileadmin/user_upload/dbv/pressemitteilungen/2023/KW_01_bis_KW_20/KW_15/2023_-_044_PM_Oeko-Umstellungsinteresse.pdf).
- 4 Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen: Biomarkt Niedersachsen. Ökomarktdaten 2023. Viselhövede 2023 (www.oeko-komp.de/wp-content/uploads/2023/09/KOEN_Marktdaten2023_web.pdf).
- 5 Ebd.
- 6 Grundsätze für das Flächenmanagement landwirtschaftlicher Flächen der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) (7. Juni 2023) (www.bvvg.de/wp-content/uploads/2023/06/FMG2023_Bund_07.06.23.pdf).
- 7 Agrarmarkt Informations-Gesellschaft (AMI): Bio-Markt wächst nur noch im LEH (14. Februar 2023) (www.ami-informiert.de/ami-maerkte/maerkte/ami-maerkte-oekolandbau/meldungen/single-ansicht?tx_aminews_singleview%5Baction%5D=show&tx_aminews_singleview%5Bcontroller%5D=News&tx_aminews_singleview%5Bnews%5D=40263&cHash=5e69567508a57545b8b4d94fdd9cd5f5).
- 8 GfK: GfK Nachhaltigkeitsindex steigt weiter an (10. August 2023) (www.gfk.com/de/presse/gfknachhaltigkeitsindex-steigt-weiter-an).
- 9 Agrarmarkt Informations-Gesellschaft (AMI): Marktwoche Ökogartenbau 44/2023 vom 2. November 2023.
- 10 Biohandel.de: Umsatzbarometer: Plus 3,2 Prozent – Bio-Fachhandel stabilisiert sich weiter (25. Oktober 2023) (<https://biohandel.de/markt-branche/umsatzbarometer-plus-3-2-prozent-bio-fachhandel-stabilisiert-sich-weiter>).
- 11 AMI (siehe Anm. 6).
- 12 R. Lademann und M. Kleczka: Marktbeherrschung im Lebensmitteleinzelhandel? Eine wettbewerbs-

- ökonomische Analyse der Handelsentwicklung und ihrer Folgen für Lieferanten und Verbraucher. Frankfurt am Main 2023.
- 13 Bundesprogramm Ökologischer Landbau: Förderung der Beratung von AHV-Unternehmen (www.bundesprogramm.de/beratungsfoerderung-ahv).
- 14 <https://kantine-zukunft.de/>.
- 15 H. Rützler und W. Reiter: Foodreport 2024. Frankfurt am Main 2023.
- 16 BÖLW: Branchenreport 2023. Berlin 2023 (www.boelw.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Zahlen_und_Fakten/Broschuere_2023/BOELW_Branchenreport2023.pdf).
- 17 Foodwatch Report 2023: Tierleid im Einkaufskorb. Berlin 2023 (www.foodwatch.org/fileadmin/-DE/Themen/Tierhaltung/Dokumente/2023-01-17_Tiergesundheit_Report.pdf).
- 18 Schweisfurth Stiftung: Kuhgebundene Kälberaufzucht: Echtes Tierwohl von Anfang an! (www.schweisfurth-stiftung.de/tierwohl/kuhgebundene-kaelberaufzucht/).
- 19 Pro Vieh: Kuhgebundene Kälberaufzucht (www.provieh.de/kampagnen/kuh-und-kalb/wissen/kuhgebundene-kaelberaufzucht/).
- 20 K.-J. Hülsbergen et al.: Umwelt- und Klimawirkungen des ökologischen Landbaus. Weihenstephaner Schriften Ökologischer Landbau und Pflanzenbausystem, Band 16. Weihenstephan 2023 (https://syncandshare.lrz.de/getlink/fiWMYsSjm7uGyBzrB-FLGpH/Weihenstephaner%20Schriften_16_Studie.pdf). – Es gab vereinzelt methodische Kritik an der Studie, auf die der Studienleiter z. B. auf dem Internetportal oekolandbau.de eingegangen ist (www.oekolandbau.de/landwirtschaft/umwelt/klima/prof-huelsbergen-wir-muessen-die-vorhandene-flaeche-besser-nutzen/).
- 21 »53.200 Euro für die Gesellschaft: Lammsbräu ermittelt konkreten Mehrwert je Bio-Betrieb«. Pressemitteilung der Neumarkter Lammsbräu vom 31. März 2023 (https://f.hubspotusercontent20.net/hubfs/2695425/NeumarkterLammsbraeu/resources/documents/Pressemitteilungen/2022-03-31_PM_Lammsbr%C3%A4u_Ergebnisse%20Pilotprojekt%20Regionalwert.pdf).
- 22 IFOAM Organics Europe: Management of pesticide residues in organic products. IFOAM Organics Europe Position Paper (May 2023) (www.organicseurope.bio/content/uploads/2023/05/IFOAMOE_REG_PositionPaper_Residues_22052023.pdf?dd).
- 23 Umweltbundesamt: Irreführende Berechnung: EU-Pläne zur Pestizidreduktion gefährdet (25. Oktober 2023) (www.umweltbundesamt.de/themen/irrefuehrende-berechnung-eu-plaene-zur).
- 24 IFOAM Organics Europe: Pesticides in conventional and organic farming. Fact Check 23.02.2023 (www.organicseurope.bio/content/uploads/2023/02/230223_FactCheck_pesticides-in-conventional-and-organic-farming.pdf?dd).
- 25 IFOAM Organics Europe: Regenerative Agriculture & Organic – Position paper February 2023 (www.organicseurope.bio/content/uploads/2023/02/IFOAMOE_PositionPaper_RA_final_202302.pdf?dd).



Leo Frühschütz

Freiberuflicher Fachjournalist für Umwelthemen und seit April 2023 Redaktionsleiter der Zeitschrift Ökologie & Landbau.

l.fuehschuetz@gaponline.de

© **Schwerpunkt »Tiere und die Transformation der Landwirtschaft«**

Mehr als die Summe

Symbiotische Weidehaltung von Schweinen und Hühnern – das Beispiel der Herrmannsdorfer Landwerkstätten

von Niels Kohlschütter

Je tiefer man in ökologische Zusammenhänge schaut, desto deutlicher wird, dass Kooperation eine erfolgreiche Strategie vieler Organismen ist. In der Schweinehaltung ist die symbiotische Weidehaltung eine ökologische Alternative zur Spezialisierung und Intensivierung.

Angeregt durch den Stifter Karl-Ludwig Schweisfurth werden auf Weiden der Herrmannsdorfer Landwerkstätten im bayerischen Glonn Schweine und Hühner zusammen gehalten.¹ Diese Haltung mehrerer Tierarten auf einer Fläche – die sog. symbiotische Weidetierhaltung – war früher üblich, ist heute jedoch kaum mehr anzutreffen. Dabei hat sie einige Vorteile: Beispielsweise picken Hühner Parasiten von der Haut der Schweine, diese wiederum bieten dem Geflügel Schutz vor natürlichen Feinden wie Greifvögeln oder Füchsen. Im von den Schweinen aufgewühlten Boden finden die Hühner zudem vermehrt Würmer und andere Nahrung.

System der Herrmannsdorfer Landwerkstätten

Anfänglich haben sich Schweine (unten) und Hühner (oben) eine mobile Hütte auf der Weide geteilt. Aus arbeitswirtschaftlicher Sicht finden die Tiere mittlerweile in getrennten Hütten Schutz, wobei die Hühner Zugang zu den Hütten der Schweine haben, aber nicht umgekehrt. Die Hühner finden Futter und Tränke in ihrem Stall. Um die Nutzung der gesamten Klee-grasweide zu fördern, haben die Schweine neben den mobilen Schutzhütten in verschiedenen Bereichen der Weide zum einen eine feste Tränke und zum anderen ein Futterpodest. Im Jahr werden circa 120 Schweine (und bis zu 600 Masthühner) auf der Weide gemästet, wobei circa 40 Schweine zeitgleich für die letzten drei Monate vor dem Schlachten auf der Weide sind, auch im Winter (die Hühner nicht). Gefüttert wird mit einem Brei aus Altbrot, Getreide und Molke. In den Hecken finden sowohl Schweine als auch Hühner Schatten.

Der Platzbedarf ist insgesamt geringer, da Schweine und Hühner die gleiche Fläche nutzen. Alle zwei Jahre wird die Fläche gewechselt. Aus Sicht der Praktizierenden funktioniert das System sehr gut und der tägliche Arbeitsaufwand für das Füttern und die Kontrolle des Zauns und der Tränke ist vertretbar.

Kein erhöhtes Krankheitsrisiko

Die Idee der symbiotischen Landwirtschaft erfüllt die Tierwohlkriterien von Schweinen und Hühnern gleichermaßen. Aus veterinärbehördlicher Sicht bedarf dieses heutzutage ungewöhnliche Konzept jedoch einer besonderen Überprüfung. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf ein erhöhtes Übertragungsrisiko von Krankheitserregern zwischen den beiden Tierarten, da sie über die Lebensmittel eine Gefahr für den Menschen darstellen könnten. Um diesem Risiko wissenschaftlich auf den Grund zu gehen, hatte die Schweisfurth Stiftung ein gemeinsames Projekt mit der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Veterinärmedizinischen Universität Wien sowie den Herrmannsdorfer Landwerkstätten ins Leben gerufen.

Die Studie² hat ergeben, dass die symbiotische Haltung von Hühnern und Schweinen zu *keinem* erhöhten Risiko für die Lebensmittelsicherheit führt. Während des gesamten Versuchs wurden keine Salmonellen nachgewiesen. Bei den untersuchten Krankheitserregern (Salmonellen, Campylobacter, E. coli) fand auch keine Übertragung von einer Tierart auf die andere statt. Im Gegenteil: Bei Schweinen in gemeinsamer Haltung mit Hühnern wurden sogar signifikant seltener Campylobacter (*C. jejuni*) entdeckt.

Die symbiotische Weidehaltung von Schweinen und Hühnern ist ein in der Praxis erprobtes, besonders tiergerechtes Haltungssystem, das sich vor allem für bäuerliche Betriebe eignet, die die Möglichkeit zur Direktvermarktung haben und die Transparenz der Haltungsbedingungen nutzen können. Dies kann über Läden wie bei den Herrmannsdorfer Landwerkstätten geschehen; andere Betriebe vermarkten erfolgreich z. B. auch online.

Anmerkung

- 1 Nähere Infos und Bilder finden sich auf: www.herrmannsdorfer.de/landwirtschaft/symbiotisch/.
- 2 E. Kaeder et al.: Symbiotic husbandry of chickens and pigs does not increase pathogen transmission risk. In: *Foods* 11/19 (2022), 3126 (<https://doi.org/10.3390/foods11193126>).



Dr. Niels Kohlschütter
Vorstand der Schweisfurth-Stiftung.

nkohlschuetter@schweisfurth-stiftung.de